

# HERDER KORRESPONDENZ

Erstes Heft  
24. Jahrgang  
Januar 1970

*Die große Liebe hat nicht der, der liebt und geliebt wird, sondern der, der es versteht, besser zu lieben, und der es versteht, so viel Licht um sich zu verbreiten, daß auch die anderen angezogen werden von der Vision einer Welt, deren Grenze nur Licht und Liebe ist.*

*Angelo Giuseppe Roncalli*

## Eine Bilanz ohne Anspruch

In diesen Tagen wurden viele *Rückschauen* gehalten und *Bilanzen* gezogen: öffentliche und private, stille und feierliche, oberflächliche und hintergründige, voreilige und ausgereifte; in Unternehmen und Verbänden, in Betrieben und Kommunen, in Familien und Arbeitskreisen, in Funkhäusern und Redaktionen; von Regierungen und Parteiführern, von Verbandsbossen und Managern, von Gruppen und einzelnen. Gewinne und Verluste wurden errechnet, über den Lauf der Zeit und das neue Jahr räsoniert. Auch in den Kirchen verlas man wieder einmal Jahresüberblicke, gab Aufschluß über Todesfälle und Geburten, über Zuzüge und Abgänge, über Entwicklungen und Trends. Meist dachte man dabei nicht nur ans vergangene Jahr, sondern hielt Rückschau und gab Rechenschaft über die *sechziger Jahre*. Man redete auch, wie konnte es anders sein, viel von Zukunft, nicht nur so im allgemeinen darüber, was die Zeit wohl bringen werde, oder in futurologischer Ekstase, das Jahr 2000, das uns rascher näherückt, beschwörend. Man sprach nicht nur, wie sonst üblich vom beginnenden Jahr und dem, was es uns voraussichtlich bescheren wird, von Konjunkturüberhitzung, Preissteigerungen und einer eventuellen neuen Rezession. Man sprach selbstverständlich von Veränderungen, die sich vollziehen oder die herbeizuführen seien, von Umstürzen und Revolutionen gar und selbstverständlich auch von den siebziger Jahren. Die Wahlslogans einer immer noch siegreichen und doch politisch geschlagenen Partei tauchten wieder auf, fanden Eingang in Festsäle und biedere Bürgerstuben. Aber so vertrauensvoll klang das Sicher-in-die-siebziger-Jahre, wie konnte es nach dem Debakel auch anders sein, nicht mehr; ein bißchen Kummernis war beigemischt. Von den pathetischen Parolen von den „neuen Grenzen“, von der „großen Gesellschaft“ war nicht mehr die Rede und selbst — bei uns — mit dem „modernen Deutschland“ war es schon wieder vorbei. Selbst das Wort vom Völkerfrieden konnte nur mit Vorsicht in den Mund genommen werden, als ob wenig Anlaß dafür bestünde, als ob man dem Gang der Dinge nicht recht traute. Die Reden der Politiker hörten sich da nicht viel anders an als die der Bischöfe, des Papstes (vgl. ds. Heft, S. 426) oder der Vertreter der Ökumene.

## *Die Konflikte bleiben*

Die Last, die uns als Erbe aus den sechziger Jahren verbleibt, ist ja auch in der Tat nicht gering. Die lokalen und regionalen Konflikte, die internationalen Krisenherde scheinen ihrer eigenen Gesetzlichkeit zu folgen und sich um das vom Menschen dem Geschehen aufgesetzte Koordinationsystem, das wir Zeit nennen, nicht viel zu kümmern. Friedensbemühungen scheinen kaum vom Erfolg getragen zu sein. Der *Vietnamkrieg*, der blutigste und auszehrendste Konflikt der sechziger Jahre, der sich nun in seiner blutigen Phase bald wieder ein Jahrzehnt hinzieht, konnte nicht beendet werden. Gab es zu Jahresbeginn noch einige wenigstens ferne Hoffnungen, so schwanden diese nach zweijährigen enervierenden Verhandlungen gegen Jahresende trotz Friedensinitiativen und Truppenabzügen mehr und mehr dahin; und mancher Politiker und Presseemann wußte nur von „schlechten Nachrichten aus Vietnam“ zu melden. Und leider haben sich trotz Protesten und öffentlichen Demonstrationen, die überdies noch gelegentlich zweckentfremdet werden, allzu viele fern der Front und den Bombenlöchern an das Leben mit diesem Konflikt gewöhnt, begehren nur auf oder greifen gierig nach den Zeitungen, wenn es ein *My Lay* gibt, wenn Sensationsmeldungen über Kriegsverbrechen die Runde machen. Gelegentlich hat man gar den Eindruck, als benutzte man selbst diese, um Eigenes an sich abzuwaschen; denn nun kann man sagen, was man ohnehin zu wissen glaubte: so was gebe es offenbar auch anderswo, und zwar jetzt noch.

*Biafra*, ein anderer Krisen- und Kriegsschauplatz, an den man sich trotz zahlreicher Hilfs- und Sammelaktionen, in die nicht nur viel Idealismus und gelegentlich einige Ungeschicklichkeit, sondern eine Menge echter Hilfsbereitschaft investiert wird, noch rascher gewöhnt zu haben scheint, gibt nicht mehr Anlaß zu tröstlichen Betrachtungen. Hunger, Krankheit und Tod grassieren, das tägliche Sterben, Töten und Verhungern geht weiter. Militärisch wird der Krieg immer aussichtsloser, geradezu burlesk, wenn man ein solches Wort bei soviel Tragik überhaupt in den Mund nehmen darf. Friede oder gar Versöhnung scheint

auch da nicht in Sicht zu sein. Beinahe hätte das Jahr noch damit geendet, daß auch die JCA (die Joint Church Aid), in der die *Hilfsaktionen* der kirchlichen Hilfswerke ökumenisch zusammengeschlossen sind, ihre Unterstützung hätte einstellen müssen, nachdem das IRK bereits seit Monaten seine Hilfsflüge wegen politischer Verwicklungen — Biafra gilt völkerrechtlich (und für die nigerianische Zentralregierung) als abtrünnige Provinz und nicht als kriegsführender Feindstaat — abgebrochen hatte.

Friede kam bisher nicht zustande. Weder die Vermittlung der Organisation afrikanischer Staaten noch die Verhandlungsbemühungen des Papstes anlässlich seines Besuches in Kampala (vgl. Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 421) führten zu einem nachhaltigen Erfolg. Indessen betätigen sich europäische, westliche und östliche Mächte, auf der einen oder anderen Seite, direkt oder indirekt als Waffenlieferanten oder Kriegspaten. Das *Mißtrauen*, das in die in den fünfziger und sechziger Jahren politisch unabhängig gewordenen, aber wirtschaftlich und politisch erst noch schwer lebensfähigen afrikanischen Staaten getragen wird, die Erbitterung, die aus diesem Stammeszwist über Biafra-Nigeria hinaus den Afrikanern selbst erwächst, ist nicht abzuschätzen. Wie sollen die afrikanischen Völker und Stämme nach diesem Konflikt in den siebziger Jahren friedlicher zusammenleben als vorher? Können sich solche Konflikte in Afrika durch Stammesfehden, Grenzstreitigkeiten, Rachebedürfnis nicht jederzeit wiederholen, womöglich gar multiplizieren, von den zu erwartenden und schon seit längerem schwelenden Konflikten und Aufständen in den noch verbleibenden Restkolonien (Portugals) und der Rassenpolitik in Rhodesien und Südafrika ganz zu schweigen.

Der dritte klassische Krisenherd der sechziger Jahre vor und nach dem Sechs-Tage-Krieg im Juni 1967, der *Naher Osten*, wird leider ebenfalls und womöglich noch länger erhalten bleiben. Wer kann verhindern, daß der immer gefährlicher werdende latente Krieg zwischen Israel und Arabern bald wieder in einen offenen ausbricht, sich ausweitet und, wie die jüngste Krise im Libanon zeigt, auch das letzte noch einigermaßen neutrale Land in der Krisenzone einbezieht. Die Verwicklungen der Großmächte an Ort und Stelle, die Verzahnungen des israelisch-arabischen Verhältnisses mit dem Ost-West-Konflikt kann je nach Interessenlage aufreizend, hemmend, mäßigend oder abschreckend wirken, eine Friedensgarantie ist es wahrhaftig nicht, während im Mittelmeerraum bei wachsender sowjetischer Präsenz neue Unruheherde entstehen. Griechenland leidet nach einer Zeit zerstrittener Halbdemokratie unter der Fuchtel der Militärs und isoliert sich politisch. Italien (wenn auch Griechenland in seiner möglichen Entwicklung keineswegs vergleichbar) wird kaum der sozialen und politischen Unruhe Herr, während in Spanien ein autoritäres, sozialreaktionäres, aber nicht erfolgloses Regime mit seinem Ende kämpft und Portugal den Übergang in ein demokratischeres Staatswesen nicht recht finden kann.

### *Anlässe zur Ernüchterung*

Aber den beginnenden siebziger Jahren verbleiben nicht nur die *ungelösten Konflikte* der jüngsten Vergangenheit als ihre eigene Aufgabe; mit ihrem Beginn geht auch manche Hoffnung der fünfziger und sechziger Jahre zu Ende. Manche *Erwartung* sieht sich enttäuscht, manchem Höhenflug folgt Ernüchterung. Letzteres gilt vornehmlich für drei Problemkreise: die europäische Einigung, den Ost-

West-Konflikt, das Verhältnis zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern.

Über *Europa* denkt man heute ohne Illusionen. Gerade das jüngste europäische Gipfeltreffen in Den Haag und die hektischen, hier wie dort alternierende Unzufriedenheit schaffenden Verhandlungen über den gemeinsamen Agrarmarkt, die beschränkte Offenheit für eine Erweiterung der Sechsergemeinschaft und die begrenzte Beitrittsbereitschaft anderer Länder, vor allem Englands, zeigen, wie schwer der Ausgleich wirtschaftlicher Interessen ist, wie stark in dem geschwächten, zwischen den Vereinigten Staaten und dem Sowjetimperium eingeklemmten Ost-West-Konflikt und manchmal auch ein bißchen von ihm lebenden Europa noch hegemoniale Vorstellungen nachwirken und geschichtliche Rivalitäten wieder lebendig werden, wenn ein Land oder eine Regierung aussichert oder ein anderes Land (wie die Bundesrepublik neulich in Den Haag) durch glücklichere Hand einen wenigstens optischen politischen Erfolg für sich bucht. Und schon wird der untergründige psychische Mechanismus ererbter nationaler, um nicht zu sagen nationalistischer Verhaltensmuster in den Kommunikationsmedien wie im privaten Raum, unterschwellig zwar, aber deutlich spürbar, wirksam. Die Einsicht in die wirklichen Hemmnisse kann freilich zu einer nüchternen Strategie des Möglichen führen und die angestrebte Einheit, den europäischen Staatenbund zwar langfristiger, aber sicherer erreichen. Die europäischen Nationen haben in der wechselvollen Geschichte der Neuzeit eine zu individuelle Prägung erfahren, haben zu sehr einander ignorierend oder gegeneinander gelebt, als daß mit den ersten wirtschaftlichen und politischen Barrieren auch die kulturellen und *psychischen Barrieren* en bloc überwunden werden könnten. Dies gilt nicht zuletzt für das kulturelle Leben, nicht nur für die technologische und wissenschaftliche Zusammenarbeit bis hin zu den Kirchenmännern und Theologen. Europa ist eine zu reiche und zu differenzierte geschichtliche Landschaft, als daß eine solide Einheit allzu kurzfristig wachsen könnte. Eine nüchterne Strategie des Möglichen, die den Weg über den Interessenausgleich zu einer politischen Einigung und kulturellen Verflechtung der europäischen Völker nicht den Geruch des Amoralischen gibt, sondern ihn kräftig fördert, dürfte die besondere europäische Aufgabe der siebziger Jahre sein. Vermutlich wird nur so der Rückfall in nationalstaatliches Denken wenigstens im regionalen Raum verhindert.

### *Peripetien im Ost-West-Konflikt*

Ernüchterung eingetreten ist wohl auch im *Verhältnis zwischen Ost und West*, zwischen den liberalen westlichen Demokratien und den kommunistisch beherrschten Ländern. Auch hier wurde manche Hoffnung der sechziger Jahre enttäuscht. Niemand wird leugnen, daß ihnen Erfolg beschieden war, auch Erfolg, der bleibt. Der kalte Krieg mit dem drohenden Atomtod im Hintergrund wurde durch vorsichtige Entspannungsbemühungen aufgelockert. Der knapp an einer bewaffneten Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion vorbeigekommenen Kubakrise vom Oktober 1962 folgte keine weitere Eskalation zwischen den beiden Großmächten, sondern auf Grund der veränderten Lage im asiatischen Bereich (der wachsenden Hegemonie Chinas gegenüber dem südostasiatischen Raum und des sich steigernden politisch-ideologischen Konflikts zwischen China und der Sowjetunion) begrenzte Gesprächsbereitschaft. Diejenigen, die die Begegnung zwi-

schen *Kennedy* und *Chruschtschow* in Wien 1961 noch mit viel Mißtrauen bedachten und für den Westen für gefährlich hielten, konnten sich noch unter Chruschtschow überzeugen, daß der Sowjetunion bei Wahrung ihrer hegemonialen Interessen an der Erhaltung des Friedens gelegen war. Aber dieses Friedensinteresse findet eine Grenze an den politischen und strategischen Ansprüchen Moskaus als Führungsmacht des Sowjetimperiums. Nur wo es seine strategischen Vorteile nicht verliert und das „Gleichgewicht“ erhalten bleibt, ist Moskau an *Abrüstungsgesprächen* interessiert, die ihrerseits nicht anders als die Vietnamverhandlungen auf der Stelle treten.

Dennoch gibt es an der Schwelle in die siebziger Jahre einige Hoffnungszeichen. Den Atomsperrvertrag wird man bei aller nüchternen Einschätzung der Gefahren für die kleineren Partner als ein solches einschätzen. Die Vorgespräche in Helsinki über eine Begrenzung der strategischen Raketenrüstung zwischen den USA und der Sowjetunion, die sog. SALT-Gespräche, wurden von vielen Kommentatoren als ein weiteres Hoffnungszeichen gewertet (vgl. dazu die Pressedokumentation im „Rheinischen Merkur“ 15. 12. 69).

Aber abgesehen davon, daß es sich bisher bei allen Abrüstungsgesprächen in Genf und anderswo de facto nur um eine durch das wohlverstandene Eigeninteresse *kalkulierte Rüstungsbegrenzung* handeln konnte und damit das Gleichgewicht des Schreckens, an das man sich ebenfalls gewöhnt hat, weil es ja nur als letzte Möglichkeit so schreckhaft aussieht, nur etwas domestiziert, aber nicht abgeschafft ist, bleiben solche Hoffnungen auch begrenzt durch Vorgänge im kommunistisch beherrschten Teil der Welt. Mit dem begrenzten sowjetischen Entspannungswillen wuchs auch die relative Unabhängigkeit der unter der Führung der Sowjetmacht stehenden kommunistischen Länder. Daran knüpften sich manche Hoffnungen, aber auch viele Illusionen. Mit den Entspannungsbemühungen war besonders in Zentraleuropa nicht nur die Erwartung besserer Handelsbeziehungen verbunden, man hoffte zum Teil innerhalb der kommunistischen Parteien auf einen Polizentrismus innerhalb der kommunistischen Staaten. Mit dem militärischen hoffte man auch auf ein ideologisches Apeasement, auf eine wachsende Dialogbereitschaft zwischen Ost und West unter Beteiligung aller selbständigen kommunistischen Staaten. Nicht nur im Westen, in Frankreich und besonders in Italien, sprach man in den letzten Jahren viel vom *Dialog zwischen Christen und Marxisten*. Man suchte den Dialog auch mit den Gesprächspartnern in kommunistischen Ländern: mit Historikern, Philosophen, Ideologen. In diesen Ländern schienen sich genügend Kräfte zu regen, die solchen Dialog pflegten. Die Tagungen der Paulus-Gesellschaft und mancher anderer Gremien mit christlicher Beteiligung oder im neutralen wissenschaftlichen Feld sind ein Beweis dafür. Bald regten sich Kräfte eines geistigen und politischen Engagements, über das man ebenso erstaunt war, wie man es freudig begrüßte. In Polen erhoben sich Studenten und Intellektuelle, in Prag schien ein Kommunismus mit menschlicherem Gesicht anzubrechen. Auch im Sowjetbereich selbst regten sich intellektuelle Kritiker des Systems. Erste Zeichen einer innerkommunistischen Entwicklung, wenn nicht gar einer inneren Umwandlung des Systems, ein *ideologischer Aufbruch* mit politisch sozialen Zielen schien in Sicht.

Aber in der Sowjetunion und in Polen wurden diese Kräfte konsequent unterdrückt. Das Experiment des Prager Frühlings endete unter der Gewalt sowjetischer Panzer. Was

sich jetzt in Prag vollzieht, ist kaum etwas anderes als die die Tschechen demütigende Rückkehr zum politischen Zwang der Nowotny-Ara, auch wenn diese Rückkehr um den Versuch der Erhaltung eines noch möglichen Maximums an Rechtsstaatlichkeit einstweilen gemildert bleibt. Moskau zeigte, daß es in seinem Innern und besonders an den Grenzen seines Machtbereichs weder strategische noch ideologische Aufweichungen gebrauchen kann. Moskau ist bereit, Eigenständigkeit zu gewähren, solange diese Eigenständigkeit mit seinem Konzept kommunistischer Einheit und mit seinen wirtschaftlichen und strategischen Interessen übereinstimmt. Dadurch ist eine eng begrenzte Verstärkung der Beziehungen, ein *Abbau der Blockgegensätze* möglich, aber mit dieser Möglichkeit ist die Teilung der Interessensphären zwischen den Großmächten verbunden, die *Dauerteilung der Machtbereiche*, die osmotischen Wirkungen über die Grenzen hinweg Möglichkeiten läßt, während Amerika, die westliche Führungsmacht, an inneren Erosionserscheinungen leidet. Während durch die technische Zivilisation die Welt sich vereinheitlicht und bis zu einem gewissen Grad jenseits der Systemgegensätze, wie die empirischen Sozialwissenschaften zeigen, eine Verwaltungs- und Dienstleistungswelt mit ähnlichen Systemeigenschaften entsteht, bleiben die politischen Gegensätze militärisch unterbaut und abgesichert bestehen.

### *Mehr Demokratie wagen?*

Indessen zeichnet sich bereits in West und Ost ein tieferliegender Wandel ab, eine *Auflehnung* nicht etwa nur gegen gesellschaftliche Konventionen und durch die technisch-wissenschaftliche Entwicklung entwerteten Sozialkontrollen durch die verschiedenen vielgeschmähten Establishments, sondern gegen die Gesellschaft, wie sie in der Nachkriegszeit geworden ist und in ihrem politischen und geistigen Aussehen bereits wieder etwas veraltet erscheint. Man kämpft für den Abbau autokratischer Strukturen, man wünscht mehr Demokratisierung, nicht nur politische Demokratie als *Rechtsstaatlichkeit* und parlamentarisch ausgeübte *Volkssouveränität*, sondern die Verwirklichung demokratischer Verhältnisse durch *Mitverantwortung* und *Mitbestimmung* in allen Lebens- und Aktionsbereichen, manchmal mit recht hausbackenen und gerade deswegen nicht ungefährlichen, etwas unbesehen aus dem Bereich der Gruppenbeziehungen in die sozialen Großräume übertragenden Lösungen.

Diese Bewegung schafft Unruhe, Protest, schlägt um in organisierten Widerstand, ermutigt anarchistische Randgruppen gar zu Terroraktionen. Diese Bewegung ist in ihren Fundamenten noch zu schwach, um im östlichen Bereich eine innerparteiliche Demokratisierung voranzutreiben und auf das System umgestaltend einzuwirken. Sie scheint im Westen stark genug, um das, was in den westlichen Ländern in der Nachkriegszeit an demokratischer Fairneß errungen oder dazugewonnen wurde, an empfindlichen Stellen (z. B. im Hochschulbereich) zu gefährden. Aber sie erweist sich auch in den westlichen Ländern als zu schwach und auch zu wenig kompromißfähig, um in der Auseinandersetzung mit den etablierten Parteien, mit den Angehörigen der älteren Generation das, was in diesen Demokratien erstarrt ist, durch flexiblere demokratische Modelle zu überholen. So bleibt den Ländern und Gesellschaften, die sich zur Demokratie in Freiheit bekennen, für die siebziger Jahre aufgegeben: die *Fortent-*

wicklung des demokratischen Systems und seine konkrete Differenzierung nach gesellschaftlichen Sachbereichen. Es gilt, die verschiedenen Formen von Mitbestimmung in der Wirtschaft, in den öffentlichen Einrichtungen, in den Verbänden und in den Kirchen auf eine diesen Bereichen gemäße Weise zu entfalten und zu erproben, in diesem konkreten Sinne also mehr Demokratie zu wagen.

Eine solche Reform muß aber den Versuch wagen, den gegenwärtig aufgestauten, gelegentlich vielleicht doch unterbewerteten oder verharmlosten Gegensatz zwischen den Generationen durch wiedergewonnene Kompromißfähigkeit auszugleichen, ohne ihm seine eigene Dynamik aussaugen zu wollen. Durch die Beschleunigung der Entwicklung aller Lebensverhältnisse droht vermutlich das Generationenproblem sich ständig zu verschärfen, und zwar nicht nur wie gegenwärtig zwischen Jugend und Erwachsenen, sondern durch das frühe Ausscheiden aus dem Arbeitsprozeß bei fortschreitender Lebenserwartung, auch zwischen der mittleren und der älteren Generation. Wir steuern verstärkt auf das zu, was man seit längerer Zeit etwas unscharf *Freizeitgesellschaft* nennt, auf eine Gesellschaft also mit geringerem Arbeits-, aber stärkerem Konsumzwang, mit hohen und weitgehend programmierbaren technischen Standards. In einer solchen Gesellschaft wird es nicht leichter, zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu vermitteln. Es wird, wie man jetzt schon spürt, in ihr auch nicht leichter sein, die notwendigen kreativen Kräfte zu wecken und zu stärken, damit diese Gesellschaft nicht am intellektuellen Hungertuch nagt oder daran stirbt, und ein *kritisches Gewissen für Freiheit* zu erhalten. Diese Gesellschaft wird, wenn sie sich ohne lebensgefährliche Erschütterungen weiterentwickeln will, eine differenzierte Bildungsgesellschaft sein, in der nicht nur quantitative Leistungen erbracht werden, und Begabtenförderung via Bildungssystem nicht nach dem der Qualität schädlichen Gießkannensystem betrieben wird. Das sind einige der *politischen Reformen*, vor denen auch die Gesellschaft der Bundesrepublik mit ihrer neuen, die deutsche Nachkriegszeit wohl endgültig beendiggenden Regierung steht (vgl. dazu auch ds. Heft, S. 35). Diese Gesellschaft wird aber nicht nur nach Gleichheit zu streben und über Freiheit zu wachen haben, sie wird sich vor allem jene *sittlichen Imperative* erarbeiten und pädagogisch umsetzen müssen, die ihr bei fortschreitender Möglichkeit und Gefahr der Selbst- und Fremdmanipulation gestatten, entwicklungsgerecht, aber nicht sinnverstellt zu leben.

#### *Verbesserung der Lebensbedingungen nicht teilbar*

Eine nüchterne Bilanz empfiehlt sich auch für das *Verhältnis zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern*. Wir stehen im Übergang von der ersten in die zweite Entwicklungsdekade. Diese erste Dekade war kein Mißerfolg, wie es manche Stimmen in den letzten Jahren wahrhaben wollten, aber die Aufwärtsentwicklung glückte nicht, eine Entschärfung des Problems wird selbst in den nächsten Jahren nur schwer gelingen. „Die Armen sind nicht ärmer geworden, aber die Reichen sind rascher reich geworden als die Armen“, so kommentierte jüngst Entwicklungsminister G. Eppler den von einer Internationalen Kommission erstellten sog. *Pearson-Bericht* (vgl. „Publik“, 12. 12. 69). Es sei viel geleistet worden in der Landwirtschaft, in der Industrialisierung, im Verkehrs- und Erziehungswesen und zur Verbesserung der Infrastruktur. Aber Entwicklungspolitik ist keine bloße Sache der Hilfe-

leistung, sie bedeutet Wirtschaftsplanung auf Weltebene, Reform der internationalen Handelsbeziehungen, Stabilisierung der Rohstoffpreise zugunsten der Entwicklungsländer und auch Arbeitsplätze für jene zu finden, die durch entwicklungspolitische Maßnahmen, durch technische Verbesserungen (z. B. in der Landwirtschaft) freigesetzt werden. Und die ganze Entwicklungspolitik müßte gelöst werden von der Verbindung mit kurzfristigen politischen Vorteilen für die Geber- wie für die Nehmerländer. Der Abbau der bilateralen Hilfe zugunsten der Verstärkung der multilateralen wird notwendig. Es bleibt auch das Problem des *Bevölkerungswachstums* im Verhältnis zum Wachstum der Nahrungsmittelproduktion, das der Pearson-Bericht allerdings nicht mehr so pessimistisch beurteilt wie manche Symposien der letzten Jahre (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 278 ff.). Auf Jahre hinaus könne die Nahrungsmittelproduktion noch etwas rascher gesteigert werden als die Bevölkerungszahlen wachsen, aber damit ist noch nicht die medizinisch erforderte Qualität der Nahrung gesichert. Auch die Kirchen werden in der nächsten Zeit — es finden zwei große kirchliche Entwicklungskongresse statt; eine Internationale ökumenische Entwicklungskonferenz in Genf vom 26. bis 31. Januar und ein von katholischer Seite veranstalteter deutscher Kongreß Ende Februar in Essen — ihren Beitrag zur Entwicklungspolitik neu überdenken und die Zusammenarbeit mit den staatlichen und internationalen Gremien verstärken müssen. Die erstmalige Abzweigung von 20 Millionen DM aus Mitteln des Kirchensteueraufkommens durch die deutsche Bischofskonferenz dokumentiert wenigstens im Ansatz den Willen der Kirche, zu einer langfristigen Entwicklungsstrategie beizutragen.

#### *Der Dienst der Kirchen*

Damit sind wir beim *kirchlichen Bereich* angelangt. Er bedürfte einer eigenen Bilanz. Sie müßte sehr detailliert und differenziert sein, nicht nur für die katholische, sondern auch für die anderen christlichen Kirchen, für die Evangelischen und selbst für die Orthodoxie innerhalb und außerhalb des sowjetischen Bereichs. Die sechziger Jahre brachten für die *katholische Kirche* den großen Aufbruch des Konzils, die Öffnung zur Ökumene und, soweit man das so pauschal sagen kann, auch eine Öffnung zu den sie umgebenden und begleitenden gesellschaftlichen Entwicklungen. Diese Öffnung verlief nicht ohne Stürme und nicht ohne Brüche, selbstverständlich auch nicht ohne Hemmungen und versuchte Umkehrungen. Auch viele Abfallprodukte wurden an die Oberfläche geschwemmt, die es nun zu verarbeiten gilt. Viele Spannungen bleiben auszutragen oder durchzuhalten, viele Rückzugsversuche und Querelen, aber auch manche Gefahr der Zweckentfremdung bleibt abzuwehren.

Die sechziger Jahren waren für alle Kirchen Jahre wachsender *ökumenischer Aktivität*. Zugleich vollzog sich hier wie im innerkatholischen Bereich (von Rom zu den Teilkirchen) ein spürbarer Polizentrismus. Genf bleibt das Zentrum der Ökumene; aber neben ihm etablieren sich andere Zentren: Rom, Canterbury, Moskau, Konstantinopel. Zugleich drängen die Christen von unten zur Ökumene, strebt man nach lokaler und regionaler Zusammenarbeit und zu kirchlicher Gemeinsamkeit bis zum Prediger-austausch und da und dort bis zu Versuchen der *Interkommunion* auch zwischen katholischen und evangelischen Christen. Hält man einen Augenblick inne, so muß man

dennoch feststellen, daß beide Entwicklungen, der Aufbruch in der katholischen Kirche und das Wachstum der Ökumene an einen kritischen, wenn nicht an einen *Krisenpunkt* gekommen sind. Die katholische Kirche sucht nach den Maßstäben einer theologisch und strukturell *erneuerten Einheit*. Die Ökumene, vor allem der Ökumenische Rat, sucht nach einem neuen Selbstverständnis seiner Funktion und seiner Tätigkeit in einem durch die gesamte Orthodoxie und die katholische Kirche erweiterten Rahmen. Alle Kirchen, wenigstens im Westen, und die Ökumene stehen in der Auseinandersetzung mit einem anti-autoritären Zug in der Jugend und im Kirchenvolk. In beiden Bereichen droht eine Kluft zwischen den Spitzen und der Basis. In der katholischen Kirche steht man 1970 auch an einer sachlichen Entwicklungswende. Die *Nachkonzilszeit* scheint endgültig zu Ende. Sie wird wenigstens während der ersten Hälfte des Jahrzehnts durch die *Zeit der Synoden* vor allem im deutschen Sprach-

raum (in der Bundesrepublik, in der DDR, in Österreich, in der Schweiz) abgelöst. In einzelnen Diözesen hat diese Ablösung schon begonnen (vgl. weiter unten). Die Ökumene wird bestrebt sein, mehr die *Nähe zur Gemeinde* zu suchen. Nur so kann hier wie dort die oft beschworene Kluft zwischen oben und unten, zwischen Kirchenführung und Volk überwunden werden. Die christlichen Kirchen insgesamt werden in der nächsten Zukunft die Gefahr neuer Introversionen, aber auch die Versuchung säkularer Nivellierung durchstehen müssen. Sie werden noch mehr den Menschen dort anzusprechen haben, wo er lebt und wirkt, in einem dichten Geflecht sozialer und technischer Bezüge, in der die *Sinnfrage*, die Frage nach Gott tausendfach verstellt ist, aber immer wieder aufbricht. Sie werden diese Bezüge zu reflektieren und gerade deswegen noch oder wieder stärker Ort wirklichkeitsnaher Reflexion, aber auch helfender Meditation sein müssen. In diesem Sinne verstehen wir unsere eigene Arbeit.

## Meldungen aus Kirche und Gesellschaft

### *Die Synoden in Hildesheim und Meißen*

Die Ankündigung gemeinsamer Synoden der Diözesen in der Bundesrepublik und der Diözesen und Jurisdiktionsbezirke in der DDR bedeutete den Verzicht auf *separate Diözesansynoden* in beiden Teilen Deutschlands. Dennoch haben in zwei Diözesen solche Synoden stattgefunden: in *Hildesheim* und in *Meißen*. Erstere wurde mit der dritten Sitzung am 19. November bereits beendet; letztere tagte vom 9. bis 12. Oktober 1969 zum zweitenmal. Weitere Sitzungen werden folgen, die nächste voraussichtlich im Juni 1970.

#### *Lokale Vorläufer*

Beide Diözesansynoden sind weder als Modell noch als vorweggenommene Konkurrenz der geplanten Gemeinsamen Synode der Diözesen zu verstehen. Beide Pläne reichen weit zurück. Der Beschluß zur Hildesheimer Synode wurde gegen Konzilsende gefaßt; das Meißener Projekt geht in seinen ersten Anfängen sogar auf einen Vorschlag der Dechantenkonferenz aus dem Jahre 1961 zurück; die Vorbereitungsarbeiten waren schon 1966 angelaufen. Die Hildesheimer Synode hatte ihre erste Sitzung (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 290) bereits hinter sich, als der bundesdeutsche Synodenplan zum erstenmal in der Öffentlichkeit diskutiert wurde.

Beide diözesane Synoden können aber

als lokale *Vorläufer* der Gesamtsynoden angesehen werden, Meißen vermutlich im eigentlicheren Sinne als Hildesheim, und zwar „methodisch“ und thematisch. Als Kardinal *Bensch*, als Vorsitzender der Berliner Ordinarienkonferenz, die Absicht oder die Bereitschaft, eine überdiözesane Parallelsynode in der DDR abzuhalten, bekanntgab (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 201), hat er sich ausdrücklich darauf berufen, erst einmal die Ergebnisse der Meißener Synode abzuwarten. Dann werde man sehen, welche Probleme einer gemeinsamen Regelung bedürftig und fähig sind. Dieser Hinweis mochte damals auch als Verzierung eines nur halbherzigen Beschlusses dienen. Aber Meißen ist das einzige Bistum, das ganz auf dem Territorium der DDR angesiedelt ist. Schon deswegen werden seine Arbeitsweise und seine Beschlüsse für eine Gesamtsynode in der DDR von Bedeutung sein.

Auch die thematische Ausrichtung der *Meißener Synode* dürfte nicht ohne Auswirkungen auf die spätere gemeinsame Synode bleiben. Nach längeren Peripetien mit zahlreichen Kommissionen, die mehrmals zur Verschiebung der ersten Sitzung führten, entschied man sich ab 1967 für radikale Konzentration. Man reduzierte die 17 Vorlagen (mit ebensoviel Kommissionen) im wesentlichen auf sechs Entwürfe, die nach Diskussion in den Pfarreien und De-

kanatskonferenzen von wenigen Arbeitsgemeinschaften erstellt wurden: der *theologisch-pastorale Grundtext* (das sog. „Generalschema“ unter dem Titel „Das Volk Gottes im Bistum Meißen“); die „Ordnung der Räte“; das Pastoralkonzept der Diözese, das Verhältnis von Kirche und Welt; die Neuordnung der kirchlichen Dienste; die Reform der Diözesanverwaltung. Ein Urteil über diese Synode wäre noch verfrüht. Ein Gesamtergebnis liegt noch nicht vor. Am Ende der dreitägigen Oktobersitzung wurden erst die beiden ersten Texte, das „Generalschema“, jetzt *Dekret I*, und die „Ordnungen der Räte“ verabschiedet. Die Art und Weise, wie dies geschah, und die Qualität dieser Texte selbst lassen aber für die noch ausstehenden Detailreformen einiges erhoffen.

#### *Fehlende Konzentration*

In *Hildesheim* wagte man solche Konzentration nicht. Man behandelte in drei Sitzungen (13. bis 17. Mai 1968, 5. bis 9. Mai 1969 und 17. bis 19. November 1969) in fast ermüdender Vielfalt eine recht bunte Palette von Themen, von der Ordnung des Gottesdienstes bis zur Öffentlichkeitsarbeit der Kirche, von der Priesterfortbildung bis zum Verhältnis zu den ausländischen Katholiken, von der Frage der verantwortlichen Elternschaft (bereits auf der ersten Session und noch vor dem Er-